

Psychologists/Psychotherapists for Future e.V., Neue Schönhauser Str. 20, 10178 Berlin

KlimaUnion e.V.
Wöhlertstraße 12-13
10115 Berlin

März 2026

Offener Brief von Psychologists / Psychotherapists for Future zum Stellenwert der KlimaUnion in der Politik der schwarz-roten Bundesregierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

2021 gründeten Sie die KlimaUnion, die sich für eine wissenschaftlich fundierte und Paris-konforme 1,5-Grad-Politik in den Reihen der CDU / CSU einsetzt. Das war ein starkes Signal für Klimaschutz. Monica Wüllner, Mitglied im CDU-Bundesvorstand formuliert auf Ihrer Website: „Ich unterstütze die KlimaUnion, weil Ökologie, Ökonomie und Soziales nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen und die CDU die einzige Partei ist, der alle drei Themen gleichermaßen wichtig sind.“

Doch wie passt das zu aktuellen Entscheidungen der Bundesregierung?

- **Solarförderung:** Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche plant, neue Solaranlagen bis 25kWp nicht mehr zu fördern: Bei all denjenigen, die bereit sind, damit zur notwendigen Energiewende beizutragen, löst dies Frustration und Enttäuschung aus. Die Folgen sind erwartbar, wie nach dem Wegfall der Förderung von E-Autos Ende 2023, deren Absatz einbrach. Im Gegensatz dazu betont das Umweltbundesamt, dass der Ausbau der Stromnetze beschleunigt werden müsse, um die Potentiale erneuerbarer Energien umfassend nutzen zu können. Ministerin Reiche will laut Spiegel (24.03.2026) gar die Klimaneutralität bis 2050 insgesamt in Frage stellen und brachte eine Lücke von bis zu 10% ins Gespräch.
- **Gebäudeenergiegesetz:** Die geplante Reform des Gebäudeenergiegesetzes sieht vor, dass Hausbesitzer weiterhin Gas- und Ölheizungen einbauen können. Dazu Unionsfraktionschef Jens Spahn: „Die Bürger haben wieder die Freiheit, selbst zu entscheiden, wie sie heizen.“ (Die Welt, 25.2.26). Experten werten diese Veränderung – soweit wir erkennen können einhellig – als Rückschritt für den Klimaschutz. Und sie steht im Gegensatz zum am 25.03.2026 veröffentlichten Klimaschutzprogramm der Bundesregierung, in dem der Dekarbonisierung von Heizungssystemen hohe Priorität beigemessen wird. Hinzu kommt, dass die Betriebskosten von Öl- und Gasheizungen durch steigende CO₂-Preise und erwartbar teure erneuerbare Brennstoffe, die zunehmend eingesetzt werden sollen, massiv steigen werden. Diese Rückwärtswende zahlen vor allem diejenigen, die sich kein Wohneigentum leisten können. Gerade aktuell sehen wir wieder, wie negativ sich die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen auswirkt. Die Regierung lässt die Menschen beim Gebäudeenergiegesetz damit ins Messer laufen. Der Vize-Chef der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag Sepp Müller sagt über Menschen, die jetzt noch eine Öl- oder Gasheizung einbauen: „Sie müssen

mit den Konsequenzen ihrer Entscheidung leben.“ (Die Zeit, 5.3.26). Verbitterung, weitere Abwendung von der Demokratie und gesellschaftliche Spaltung sind aus psychologischer Sicht erwartbare Folgen.

Wir sind überzeugt, dass die Unionsparteien einen wichtigen Beitrag für eine gute Zukunft unseres Landes leisten können – wenn sie den Mut haben, Klimaneutralität und Wirtschaftsförderung gemeinsam anzupacken, statt Lobby-Verbindungen aus früheren Zeiten am Leben zu halten. Das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung jedenfalls arbeitet mit überholten Zahlen, zeigt sich widersprüchlich, halbherzig und verzagt – und erreicht die nötige Emissionsminderung nicht.

Auf der Website der KlimaUnion finden wir unter Initiativen lediglich eine Vorlage für Kommunalanträge aus 2023. Ihre Jahreskongresse sind hochkarätig besetzt und eröffnen wichtige Themen – Wärmewende, Biomasse und Geothermie, Strommarktdesign und vieles mehr. Konsequenzen im Regierungshandeln werden aber nicht erkennbar. Doch „der Elefant im Raum“ lässt sich am Ende weniger finden über die wichtigen Themen, mit denen sich die KlimaUnion beschäftigt – sondern darüber, wo die Vertreterinnen und Vertreter der KlimaUnion sich nicht positionieren.

Daher fragen wir Sie:

- Wie positioniert sich die KlimaUnion in den oben angesprochenen Sachfragen?
- Woran erkennen Wählerinnen und Wähler, dass Klimaschutz bei der Union in guten Händen ist?
- Darüber hinaus: Ist der Claim der KlimaUnion „1,5-Grad aus der Mitte der Union“ 2026 noch zeitgemäß – gilt das 1,5-Grad-Ziel doch aus Sicht der Klimaforschung als überschritten?

Diesen „offenen Brief“ an die Klimaunion senden wir parallel per Briefpost und per Email und an einen Presseverteiler.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Baier (Projektverantwortlicher, Dipl.-Psych.), Tanja Ehrhardt (Vorstand, Dipl.-Psych.)

Über Psychologists4Future e.V.: Psychologists4Future e.V. engagiert sich für eine nachhaltige und menschenwürdige Gestaltung der sozial-ökologischen Polykrise. Der Verein bietet psychologische Unterstützung für deutsche Klimabewegungen, veranstaltet Vorträge zur Psychologie der Klimakrise und vernetzt sich auf nationaler und internationaler Ebene.

Pressekontakt: Psychologists / Psychotherapists for Future e.V., Neue Schönhauser Str. 20, 10178 Berlin

E-Mail: presse@psychologistsforfuture.org

Web: <https://www.psy4f.org>